

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

24.5.1870 (No. 120)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 120.

ersch. täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 18 kr.; durch die Post be-
tragen 1 fl. 35 kr. vierteljährlich.

Dienstag, 24. Mai

Insertionsgebühr:
die gelbste Zeile ober deren
Raum 3 Kreuzer.

1870.

Der cisleithanische Ausgleich.

Nicht Siftirung, nicht Otkropirung, sondern Ausgleich auf verfassungsmäßigem Wege, d. h. auf dem Boden und mit dem Apparate der Dezemberverfassung, ist die Parole zur Lösung der staatsrechtlichen Wirren. Herbeigeführt wurden letztere durch das Uebergreifen der deutsch-doktrinär-liberalen Partei, welche sich vorzugsweise die verfassungsfreundliche nennt, indem sie im Wege des parlamentarischen Centralismus die Rechte und Gewohnheiten der historisch-politischen Individualitäten, der verschiedenen Länder und Völkerschaften, durch unheimliche Gesetzesfabrikation verletzete. Wie diese Partei den papiernen Jubel über die neue Aera von 1867 in das Werk setzte, so geht von derselben auch das jetzige Geschrei gegen das Potocki'sche Ausgleichsministerium aus. Boden im Volke, in den Massen, hat diese Partei nicht; sie umfaßt nur unbedeutende Fraktionen des freimaurerisch-liberalen Stadtbürgertums, und bläht sich hauptsächlich durch die Presse zu einer Macht auf, in welcher noch überdies das Judenthum Herr und Meister ist. Daß die Polen, Tschechen und Slovenen zc. der Präponderanz dieser Partei, und der Herrschaft des deutschen Elementes überhaupt, widerstreben, begreift sich einmal aus der zäheren Natur ihrer nationalen Instinkte, und dann aus der im österreichischen Kaiserstaate stets respektirten, gehegten und gepflegten Festhaltung an den Rechten und Besonderheiten der verschiedenen Völkerschaften. Der Versuch, bei den Vochesen das Landwehrgesetz durchzuführen, rief einen blutigen Aufstand hervor, während dieses Völkchen in seiner hergebrachten Art und Freiheit belassen, sich für die Landesverteidigung von aller Zuverlässigkeit zeigte. Es soll nun auf der Grundlage der hergebrachten berechtigten Eigentümlichkeiten der Nationalitäten und Länder innerhalb des Rahmens der Dezemberverfassung der staatsrechtliche Ausgleich bewerkstelligt werden. Im Vordergrund stehen als die wichtigsten die Forderungen der galizischen Polen und der böhmischen Tschechen. Den Polen wurde bereits die Konzession gemacht, daß man ihre Sprache zur Amtssprache erhob; sie verlangen außerdem in ihrer Landtagsresolution ein erweitertes Maß provinzieller Autonomie. Mit den Polen wird un schwer in das Reine zu kommen sein. Die Deklaration der Tschechen verlangt dagegen für die tschechische Nation Gleichstellung mit den Ungarn, d. h. es soll staatsrechtlich das Königreich der Wenzelskrone anerkannt und für Böhmen, Mähren und Schlesien zusammen die bloße Personalunion hergestellt werden. Aus diesem Grunde verweigern die Tschechen entschieden die Bescheidung des Reichsrathes. Sie sind höchstens geneigt, gemeinsame Angelegenheiten anzuerkennen, die aber nicht durch ein Reichsparlament, sondern in derselben Weise, wie auch Ungarn die gemeinsamen Angelegenheiten mit der westlichen Reichshälfte ordnet, durch Delegationen behandelt werden sollen. Zu letzterem dürfte es kommen. Eine Anerkennung des böhmischen Staatsrechts, der böhmischen Krone, die lebige Personalunion für Böhmen, Mähren und Schlesien wird dagegen nimmermehr zugestanden werden. Es würde das der Auflösung der österreichischen Monarchie Thür und Thor öffnen. Die Regierung des Kaisers bewies bis daher gegen die Tschechen, welche offen mit dem Auslande konspiriren, eine übergroße Langmuth. Dieselbe läßt sich gegenwärtig die Mühe nicht verbrießen, womöglich eine gütliche Verständigung herbeizuführen. Die Aufgabe ist schwierig, aber nicht unlösbar. Zuletzt wird der Kaiser, von den Ungarn und den Polen, sowie von dem besseren Theile der deutschen Bevölkerung unterstützt, mit der Halsstarrigkeit der tschechischen Nationalen fertig zu werden wissen. Wir sind mit dem Gange der Dinge, welche äußerlich etwas Verzweifelt an sich zu haben scheinen, nicht unzufrieden. Daß die oben bezeichnete Partei, welche im Jahre 1866, als der Feind vor den Thoren Wiens stand, sich die Verteidigung der Reichshauptstadt verbat, welche vielleicht selbst im Stande gewesen wäre, den eingehenden Preußen Kränze zu stecken, daß diese Partei in eine Lage gekommen, die es derselben unmöglich macht, die Werke des tschechisch-doktrinären gemeinen Liberalismus mittelst des schablonenmäßigen centralistischen Parlamentarismus fortzusetzen, sehen wir als ein Glück an für die Sache des Rechtes und der Freiheit in Oesterreich wie außerhalb desselben.

Karlsruhe, 24. Mai. Vorgestern Mittag sind die Prinzen Wilhelm und Heinrich von Preußen, die Söhne S. K. H. des Kronprinzen, von Baden kommend, hier im groß. Schlosse eingetroffen, wo dieselben einen Tag sich verweilten, um dann über Darmstadt nach Potsdam weiter zu reisen.

Karlsruhe, 23. Mai. Heute vor einem Jahre — der 23. war auf den Sonntag gefallen — schlüpfte die „Offenburgerer“ wieder zurück in den Ministerialismus, von dem die Männer der Offenburger Opposition erklärten, sich los machen zu wollen. Man hatte vorsichtiger Weise für alle Fälle Fühlung behalten mit dem Ministerium, weshalb, als sich kein Boden im Volke finden wollte zur Gründung der „unabhängigen liberalen Partei“, die mit so vielem Geräusch in Szene gesetzte „Offenburgerer“ in den geöffneten Armen des Herrn Jolly ihr unrühmliches Dasein leicht und sanft beschließen konnte. Eigentlich würde es billig und angemessen erscheinen, das Jahresgedächtniß durch ein Dankesvotum an die Volkspartei zu begeben, denn die große Volksbewegung war es, welche die vorübergehend Getrennten wieder zusammentrieb. Es fällt uns nicht ein, der Dinge, die von der Maßregelung des Herrn Riefer bis zu dessen Wiederaufnahme in den Staatsdienst sich zugetragen, heute ausführlich zu gedenken. Nur einen Gesichtspunkt wollen wir hervorheben: die Neubestimmung des Herrn Jolly hat dazu gereicht, uns in Ungemächlichkeiten zu stürzen, daß unge-

achtet erfüllt uns der lächerliche Ausgang der Offenburgerer mit großem Behagen, da nichts wäre mehr im Stande gewesen, die Sache der Volkspartei zu fördern, als der Selbsttriu der Gegenpartei. Sie haben um den Preis der Befriedigung fixer Ideen ihres vulgären Liberalismus — Civismus, Stiftingsgesetz zc. — die Lebensdauer eines unpopulären Ministeriums verlängert, sich selbst aber im Volke gründlich diskreditirt. Die kommenden Wahlen werden das an den Tag bringen. — Es ist der 23. zugleich auch der Jahrestag der Katholikenversammlung von Engen, bei welcher die „Liberalen“ ihre ganze Lebenswürdigkeit entfaltet haben. Die zahlreichen schwarzen Punkte, womit die neue Aera gepflastert ist, wurden aus Anlaß dieser Katholikenversammlung um einen besonders dicken vermehrt: Vier Staatsbürger gerieten wegen einer Schilderung der Zustände des Landes in die Fängarme des Art. 631a, womit eine bleibende Erinnerung geschaffen, von der Wahrheit aber nichts umgestoßen wurde. Wir geben das Versprechen, daß dieser schwarze Punkt mit den anderen nicht soll aus den Augen verloren werden. — „Werth in Rechnung.“

Freiburg, 20. Mai. Die „Karlsru. Zeitung“ vom Heutigen entnimmt der „Bad. Landesztg.“ vom 18. d. die Notiz, daß die katholischen Geistlichen in Offenburg zu einer Konferenz zusammentreten werden, um Schritte zu berathen, die kirchlicher Seits den Eintritt in den Ortschulrath ermöglichen. Die Geistlichen wissen recht gut, daß die Kirchenbehörde wiederholt und bis in die neueste Zeit Schritte gethan hat, um den Eintritt der Geistlichen in den Ortschulrath möglich zu machen. Bekanntlich hat das erz. Kapitelsvikariat der groß. Regierung noch vor kurzer Zeit seine Bereitwilligkeit hiezu kundgegeben, wenn nur den Geistlichen gestattet würde, die nothwendigsten Befugnisse bezüglich der religiösen Erziehung und Bildung auszuüben. Es liegt also nicht an der Kirchenbehörde, daß der Eintritt der Geistlichen in den Ortschulrath nicht erfolgte. Ob die „Haltung der — Kurie in der Schulfrage eine verfehlte war“, darüber wird die Geschichte urtheilen. Die Geistlichen wissen, daß ihre Kirchenbehörde nicht anders handeln konnte und handeln wird. Sie überlassen die Behandlung dieser Frage mit vollem Vertrauen dem erz. bischöf. Kapitelsvikariat. Es ist deshalb auch unrichtig, daß die kath. Geistlichen über diese Sache in Offenburg eine Konferenz halten. Bei der Lage der Geistlichen und Katholiken in Baden kann und wird es bei uns keine geistliche „Offenburgerer“ geben.

Berlin, 21. Mai. In gestriger Sitzung genehmigte der Reichstag das Gesetz, betr. die Aktien-Gesellschaften nach den Anträgen Bernuth's in erster und zweiter Lesung. Das Gesetz, betreffend den Schutz der Autorenrechte wurde definitiv, das Bundesindigenatsgesetz mit einem Amendement von Prosch-Grumbrecht in dritter Lesung angenommen. Heute wurde das Bundesindigenatsgesetz definitiv angenommen. Hierauf

fringer Friedhofe. Es war das zweite Opfer des Dramas in Weibling am Bach, das man zu Grabe trug. Anna Laforest, die junge Gattin des Tapeziermeisters Julius Laforest, war ihrer Kranzjungfer und Schwägerin nachgefolgt und wurde auch neben derselben beerdigt. Sie war mit vollem Bewußtsein gestorben. In dem Befinden des auf so klägliche Weise Verwittweten, der, nebenbei bemerkt, von dem Tode seiner Frau und Schwester nicht in Kenntniß gesetzt wurde, ist leider auch keine vollständige Besserung eingetreten, und falls dieselbe auch eintreten sollte, würden ihm die Hände für immer steif bleiben. Seine Mutter hat in Folge des Schreckens eine Lähmung des rechten Fußes erlitten.

* Auf der Raßatter Schloßterrasse.

Sch' ich von des Schwarzwalds Höh'n
Die alten Burgen leuchtend steh'n,
Und die Vogesen so recht nah;
Fast ganz erschlossen liegen da
Biel reiche Fluren, üpp'ger Wald;
Der Gegend herrliche Gestalt;
Inmitten drin, den alten Rhein,
Der sagt: Ihr müßet Brüder sein!
Jaß' ich dies so in's Auge klar,
So find ich wohl die Deutung wahr:
Ihr Menschen ringsumher im Land —
So reicht Euch denn die Bruderhand.

Berschiedenes.

Heidelberg. Seit den letzten Tagen vor Monats hat die Fortsetzung des Thurmbaus der hiesigen Jesuitenkirche und der Vollendung der Bersearbeiten bis zur Dachstuhlhöhe begonnen und werden dieselben in etwa 6 bis 7 Wochen vollendet sein. Mit den dann beginnenden Zimmermannsarbeiten, sammt dem Aufsetzen der Helmpitze, hofft man bis zum August d. J. fertig zu werden. Der Dachstuhl wird mit der Helmpitze und dem Kreuze 50 badische Fuß hoch, bekommt die Form einer Bischofsmütze und wird mit Schiefer gedeckt, die oben erwähnte Helmpitze aber, sowie das Kreuz werden vergolbet. Die für den neuen Thurm bestimmten fünf Glocken hat Rosenlacher in Konstanz längstens bis zum 1. August hierher zu liefern, und sollen dieselben zusammen ein Gewicht von ungefähr 155 Zentnern bekommen. Bis jetzt war unter den hiesigen Thürmen der der Heiliggeistkirche der höchste in der Stadt, der neue Thurm der Jesuitenkirche — eine weitere Zierde derselben — wird aber, da das Gebäude bedeutend höher liegt, um 15' höher erscheinen, als ersterer. Seit einigen Tagen ist man beschäftigt, die Jesuitenkirche auch in ihrem Innern aufzufrischen.

Frankfurt, 5. Mai. (Ffr. Z.) Ein Franzose und ein hiesiger Einwohner wurden verhaftet, weil sie sich verschiedene Schwindbelegen zu Schulden haben kommen lassen. Es wird nämlich behauptet, dieselben hätten Weine, man spricht im Werthe von 50,000 Frs., aus Frankreich bezogen, dieselben vor Bezug schon unter dem Preise verkauft und die auf sie gezogenen Tratten, etwa 50, nicht honorirt, in Folge dessen sie prote-

stirt wurden. — Für den Palmengarten ist eine Sendung von Palmen, 35—40' hoch, ein Geschenk des Herrn Winterstein in Alexandrien, unterwegs.

Posen. Die „Posener Zeitung“ berichtet über folgenden ungemein frechen Streich: „Ein hiesiger Privatsekretär war vor etwa 4 Monaten im Magistratsbureau einige Wochen beschäftigt und hat dieser Tage seine dadurch erlangte Erfahrung benutzt, um einen Gaunerstreich auszuführen. Er schrieb an die Inassen der hiesigen Frauenklöster mit der Unterzeichnung „Der Magistrat“. Die Servis-Kommission: Pädler (sein eigener Name) Verfügungen, worin er mittheilte, daß Magistrat genöthigt sei, da ein neues Bataillon Soldaten eingetroffen wäre, die Klöster mit Soldaten zu besetzen. Indessen aus Sittlichkeitsgründen, die Magistrat, d. h. Pädler, nehme, wolle er die Soldaten anderwärts unterbringen, wenn die Nonnen pro Mann 1/2 Thlr. zahlten. Dann verkleidete sich der Magistratsvertreter, Pädler, als Exekutor, trat bei den „grauen (barmherzigen) Schwestern“ ein und insinuirte das gefälschte Schreiben. Die Damen wollten zwar Anfangs nicht zahlen, indessen da Pädler meinte, dann müsse er alsbald acht Mann Einquartierung dem Kloster zuführen, was doch aus Gründen der Sittlichkeit zc. zc., gaben sie die 12 Thlr. für die überreichliche Quittung der Serviskasse. Die Damen forschten aber weiter nach über ihre Verpflichtung, männliche Einquartierung aufzunehmen, und das führte zur Verhaftung des Pädler.“

(Zum Drama in Weibling am Bach.) Man schreibt aus Wien: Ein stiller Leichenzug bewegte sich am Sonntag Nachmittag vom allgemeinen Krankenhause nach dem Otta-

britte Lesung des Strafgesetzbuches. Bundeskommissär Leonhard erklärt, daß die Bundesregierungen den Beschlüssen des Reichstages möglichst entgegengekommen seien und die Todesstrafe nur für die Verbrechen des Mordes und des gegen das Bundesoberhaupt und die Landesfürsten gerichteten Mordversuches beibehalten bleiben solle. Das Haus beschließt auf den Antrag Schwerins, die Berathung auf Montag zu vertagen, um die gehörten Erklärungen in Erwägung zu ziehen.

Berlin, 21. Mai. Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung die Summe für den Kauf eines Gebäudes für das Marineministerium in dritter Lesung mit 113 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Der übrige Etat wurde mit der Resolution Hagen angenommen. — Graf Bismarck ist heute Abend von Varzin hier eingetroffen.

△ Gms, 20. Mai. In der Kurliste ist der Kaiser von Rußland als „Graf Borodinsky“ und sein Sohn, der Großfürst Wladimir, als „Graf Kopscha“ aufgeführt. Im Gefolge des Kaisers befinden sich u. A. die Generale Graf v. Adlerberg, Schouwaloff, Solikoff und Frhr. v. Werder, der preussische Militärbevollmächtigte am russischen Hofe. Um das Leben des Czaren, besonders gegen die Polen, zu sichern, sind wieder Polizeimaßregeln der sorgfältigsten Art getroffen. Aus den Hauptplätzen der Emigration Genf, Paris, London, Dresden und Warschau sind sach- und leutekundige Polizisten hier selbst konzentriert und in den benachbarten Bahnhofen Gießen, Frankfurt, Lahnstein &c. stationiert.

Frankfurt a. M., 20. Mai. Wie ich höre, hat sich das gestern hier versammelte Central-Comité der katholischen Vereine Deutschlands dahin entschieden, daß für die nächste General-Versammlung von Breslau Abstand genommen werden solle und dafür Regensburg zu bestimmen sei.

— Stuttgart, 21. Mai. Ein mit 124 Unterschriften versehener Aufruf an die Bewohner Stuttgarts ladet auf heute Abend zu einer öffentlichen Versammlung ein im Saale der Bürgergesellschaft, um auch in der Residenz eine Vereinigung zum Anschlusse an die Adresse gegen das Kriegsdienstgesetz &c. &c. zu begründen, da in der Residenz bei der Debatte über die Rechnungsnachweisungen des Kultusdepartementes die Geister in heißem Kampfe auf einander. Wie in Baden, so reiben sich auch hier die konfessionellen Gegensätze in der schroffsten Weise. Der Widerstand, welchen die patriotische Partei den Fortschritten des gemeinen Liberalismus entgegensetzt, stößt auf große Gereiztheit bei der anderen Seite, und die heftigen anmaßenden Äußerungen zeigen, daß es die höchste Zeit ist, dem Weiterumfassen des dem Bayernvolke fremden Wesens Einhalt zu thun. Diese heftigen Debatten haben ihre häßliche Seite, sie sind aber nicht zu umgehen, und ihre Wirkung in aufklärender Richtung ist von unermeßlichem Werthe. In der Sitzung vom 18. d. endigte nach allseitiger Ermüdung die Debatte über die Rechnungsnachweisungen der Staatsausgaben von 1866, 1867 und 1868, welchen sämmtlich die Anerkennung ertheilt wurde. Gestern und vorgestern wurde über den Antrag von Stauffenberg, die Aufhebung der Todesstrafe betr., berathen. Heute erfolgte die Abstimmung. Der Antrag des Frhrn. v. Stauffenberg wurde mit 76 gegen 67 Stimmen verworfen. Leider sind in der patriotischen Mehrheit Mißbilligkeiten zum Ausbruche gekommen. Die Abgeordneten Bucher und Lucas haben dem Präsidium angezeigt, daß sie ihr Mandat niederlegen. Gestern kamen die bezüglichen Schreiben zur Verlesung; heute wurde darüber abgestimmt und die Mandatsniederlegung der Abgg. Bucher und Lucas mit 77 gegen 65 Stimmen genehmigt. Dr. Sigl bemerkt im „B. B.“, unter den 77 befänden sich Präsident Weis, Pf. Bach und „die Aristokratenbank.“ — Ueber die Ursache der Mandatsniederlegung wird Näheres nachfolgen.)

— München, 21. Mai. Die Landtagsession wurde durch königliches Reskript bis Ende Juni verlängert. In unserem Abgeordnetenhaus kam es während der letzten Tage zu heißen parlamentarischen Schlächten. Zunächst plakten bei der Debatte über die Rechnungsnachweisungen des Kultusdepartementes die Geister in heißem Kampfe auf einander. Wie in Baden, so reiben sich auch hier die konfessionellen Gegensätze in der schroffsten Weise. Der Widerstand, welchen die patriotische Partei den Fortschritten des gemeinen Liberalismus entgegensetzt, stößt auf große Gereiztheit bei der anderen Seite, und die heftigen anmaßenden Äußerungen zeigen, daß es die höchste Zeit ist, dem Weiterumfassen des dem Bayernvolke fremden Wesens Einhalt zu thun. Diese heftigen Debatten haben ihre häßliche Seite, sie sind aber nicht zu umgehen, und ihre Wirkung in aufklärender Richtung ist von unermeßlichem Werthe. In der Sitzung vom 18. d. endigte nach allseitiger Ermüdung die Debatte über die Rechnungsnachweisungen der Staatsausgaben von 1866, 1867 und 1868, welchen sämmtlich die Anerkennung ertheilt wurde. Gestern und vorgestern wurde über den Antrag von Stauffenberg, die Aufhebung der Todesstrafe betr., berathen. Heute erfolgte die Abstimmung. Der Antrag des Frhrn. v. Stauffenberg wurde mit 76 gegen 67 Stimmen verworfen. Leider sind in der patriotischen Mehrheit Mißbilligkeiten zum Ausbruche gekommen. Die Abgeordneten Bucher und Lucas haben dem Präsidium angezeigt, daß sie ihr Mandat niederlegen. Gestern kamen die bezüglichen Schreiben zur Verlesung; heute wurde darüber abgestimmt und die Mandatsniederlegung der Abgg. Bucher und Lucas mit 77 gegen 65 Stimmen genehmigt. Dr. Sigl bemerkt im „B. B.“, unter den 77 befänden sich Präsident Weis, Pf. Bach und „die Aristokratenbank.“ — Ueber die Ursache der Mandatsniederlegung wird Näheres nachfolgen.)

Wien, 20. Mai. Die „Presse“ meldet: „Heute um 8 Uhr Abends fand die erste Besprechung der polnischen Parteiführer mit dem Grafen Potocki statt. Geladen und erschienen sind: Fürst Leo Sapieha, die beiden Grafen Wodzicki, Graf Adam Potocki, Dr. Zyblinski, Dr. Smolka, Dr. Ziemiakowski, Dr. Gocholski. Die ebenfalls geladenen Herren vom Lemberger Resolutionisten-Club mit Herrn Krzeczunowicz an der Spitze, sind nicht erschienen.“

Wien, 20. Mai. Aus Prag wird berichtet: „Wie die „Bohemia“ meldet, scheinen die Ausgleichsverhandlungen gestern in ein neues Stadium getreten zu sein. Der Faden, welcher zum Ausgleich führen soll, ist angeblich fester geknüpft worden, obwohl die Czachen

statt des Reichsrathes eine Constituante wollen. — Die Regierung beabsichtigt, nach den Unterhandlungen mit den Polen, in Wien mit den deutschen Abgeordneten aller Provinzen Konferenzen zu eröffnen. Ezechischerseits wurde Potocki aufgefordert, die Erweiterung der Amnestie auf alle politischen Strafen zu erwirken. — Die Konferenzen mit den Alt-Conservativen werden fortgesetzt. Es gilt die Festsetzung eines Aktions-Programmes, welches zunächst in den Landtagen von Prag, Junsbruck, Lemberg und Brünn zur Ausführung kommen soll und allenthalben von der genannten Partei unterstützt werden wird. Sollten die Landtage gegen die Erwartung der Alt-Conservativen nicht aufgelöst werden, dann will diese Partei ihr Ziel durch Massenkundgebungen, welche an die Krone zu richten wären, erreichen.“ — Bei dem zehnjährigen Eröffnungsfeste einer hiesigen Studentenverbindung, das dieser Tage stattfand, brachte der k. k. Professor Scherer einen Trinkpruch aus, worin er als „das einzig Feste in dem Wanken unserer Verhältnisse“ den „nationalen Gedanken“ pries. Er sei ein Vogel, der nur ein Lied singe, das Lied „Vaterland“, „Nation“, und er leere sein Glas mit dem Rufe: „Es lebe der norddeutsche Bund!“ — Die Ernennung des Herzogs von Grammont, bisherigen französischen Botschafters am hiesigen Hofe, zum Minister des Aeußern wird von den Wiener Offiziösen mit freudigen Äußerungen begrüßt. In mehreren Blättern ist gleichlautend zu lesen: „Man ist hier selbstverständlich höchlichst befriedigt von der Thatsache, daß in neuester Zeit zwei Diplomaten (erst der bayerische Graf Bray und jetzt der Herzog v. Grammont), welche durch einen langjährigen Aufenthalt in Wien sich eine mehr als gewöhnliche Kenntniß der österreichischen Zustände angeeignet und zudem fortgesetzt mit den leitenden Staatsmännern im freundschaftlichsten Verkehr gestanden, an die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten zweier Staaten berufen wurden, auf deren Haltung das österreichische Kabinet den höchsten Werth legen muß.“ — In Lemberg veröffentlicht die Blätter „Dziennik Polski“ und „Dziennik Smowski“ ein gemeinschaftliches Parteiprogramm, welches die Sonderstellung Galiziens scharf betont. Als Mittel zur Erreichung dieser Sonderstellung wird die Verständigung mit allen „autonomistischen“ Parteien verlangt. — Die Masern des Kronprinzen Rudolph verlaufen ganz regelmäßig.

Wien, 20. Mai. Unerhört muß man es nennen, wie die Anhänger der gefallenen Minister Biskra &c. gegenwärtig in der Presse über die Mitglieder des Ministeriums herfallen, um gegen dieselben aufzuheizen, und überhaupt kein festes Verhältniß sich gestalten zu lassen. Zu einer Hauptzielscheibe hat diese Partei, nachdem sie ihm lange Zeit jervil geschmeichelt, den Reichskanzler ausersehen. Mißtrauen zu erregen, Verdächtigungen auszustreuen, ist deren tägliches Geschäft. Das Recht jedes honetten Mannes, nach seinen Thaten beurtheilt zu werden, tritt diese Presse der H. Potocki und Laaffe gegenüber mit Füßen; und nun gar das abscheuliche Getriebe in Betreff des Ministers von Widman. Weiter lassen sich Frivolität und Ungezogenheit kaum mehr steigern. Da impunit man dem Grafen Potocki, der der unabhängigsten Männer und ehrenfestesten Charaktere einer in der ganzen Monarchie ist, daß er die Hand biete zur planmäßigen Estamotirung der Verfassung. Dasselbe erlaubt man sich gegen den Grafen Laaffe. Beide Männer geben sich alle erdentliche Mühe, die Verfassung aufrecht zu erhalten durch Gewinnung der Widerstrebenden, und sie werden von der sogenannten Verfassungspartei, namentlich stark in der „N. Fr. Pr.“ so leidenschaftlich angegriffen und verleumdet! Die Nuchlosigkeit dieses Gebahrens liegt darin, daß man sich wohl bewußt ist, wie wenig Aussicht besteht, die Dezemberverfassung mit der Vorhand der durch eigene Schuld gestürzten Partei, und nach deren Wünschen zu erhalten, und man die beßallige Bosheit nun an hingebungsvollen Ehrenmännern ausläßt. Bis zum Unsinn versteigt man sich aber gar in den Angriffen gegen den Reichskanzler Grafen v. Beust.

Graf v. Beust soll nach einer angeblich aus Süddeutschland stammenden Correspondenz in der neuen Presse in Oesterreich preussische Politik machen! Da gehört denn doch schon mehr eine starke Portion Unzurechnungsfähigkeit dazu, dergleichen zu schreiben. Graf Beust soll der Bismarck'schen Politik in die Hände arbeiten: Also es existirt kein österr. Nothbuch; Graf Bismarck führt seine Federkriege gegen Beust und setzt alle möglichen Hebel an, den Reichskanzler zu stürzen, obgleich derselbe für Preußen wirkt, für den Erzfeind der österr.-ungarischen Monarchie; Graf Beust soll darauf ausgehen, die Deutschösterreicher zu ruinieren, und sie in Preußens Arme zu drängen, weil die Giskra, Herbst und Genossen der Nothwendigkeit der Dinge weichen mußten, und Graf Beust sie nicht um jeden Preis im Sattel erhielt, selbst auf Kosten der Wohlfahrt und Ruhe des Reiches! Wie lächerlich und perfide zugleich ist solches Vorbringen. Es ist in den letzten Jahren das Wort gefallen, daß Oesterreich seine gefährlichsten Feinde im eigenen Innern habe. An die Wahrheit dieses Ausspruches muß man

wirklich bald glauben lernen. Der staatsmännische Geist der H. H. Beust und Andrassy wird dieselben aber zu besiegen wissen. Die Partei, welche in den Märztagen von 1867 die Massen vor und in das Herrenhaus zu Wien birigirt, mag in ihrer Presse wüthen: deren Herrlichkeit ist vergangen und wird nie wiederkehren.

Am 15. d. hat eine bei 8000 Köpfe zählende Volksversammlung (Arbeiter) unter freiem Himmel stattgefunden, die aber unverrichteter Sache auseinandergehen mußte, da von der Polizeibehörde (die erklärte, eine sozial-demokratische Partei nicht zu kennen) untersagt worden war, „den Systemswechsel in Oesterreich vom sozialdemokratischen Standpunkte aus zu erörtern.“ Der Vorsitzende beschränkte sich darauf, eine Erklärung der Versammlung zu veranlassen, daß sie ausnahmslos zur Sozialdemokratie halte. Es soll mit der alten Tagesordnung demnächst eine anderweitige Versammlung einberufen werden. — Wie das „Tagblatt“ meldet, gebet die Staatsanwaltschaft zu beantragen, daß der Prozeß gegen die in Haft befindlichen Sozialdemokraten eingestellt werde. Die vorgefundenen Beweismittel sollen nicht von so überzeugender Natur sein, daß sie das Verbrechen des Hochverrathes begründen und stützen könnten.

Von allen Seiten mehrten sich die Klagen über die Schonungslosigkeit, mit welcher die kostbaren Gebirgswälder an die Spekulanten verkauft und von diesen ausgerottet werden. Jetzt ist auch das Salzkammergut mit seinen lieblichen Waldungen an die Reihe gekommen. Ebenso wird aus Böhmen geklagt über die Verwüstungen der Forste.

Junsbruck, 19. Mai. Das Ober-Landesgericht erklärt, die Schulerzesse seien nicht strafbar, weil die Eltern ein Recht dazu haben, ihre Kinder von der Schule wegzunehmen. — Die „Tyroler Stimmen“ wurden zum zweitenmale konfiszirt.

Prag, 19. Mai. Die Tyroler Albert Jäger, Baron Dipault und Dr. Graf (letzterer ist Redakteur der „Tyroler Stimmen“) sind hier angekommen, um, wie die „Politik“ schreibt, mit der böhmischen Opposition ein soltdarisches Vorgehen zu erzielen. Nachmittags fand bei Palazky eine Berathung mit denselben statt. Palazky wird sich hierauf entscheiden, ob er der Wiener Notabelnkonferenz beizwohnt.

Ausland.

— Paris, 21. Mai, Nachm. 1 Uhr. (B. B.) Der Kaiser hielt bei dem soeben stattgehabten Empfang des gesetzgebenden Körpers in dem Palast der Tuilerien folgende Ansprache an denselben: „Meine Herren! Indem ich aus Ihren Händen das Resultat der allgemeinen Volksabstimmung vom 8. Mai entgegennehme, war mein erster Wunsch, meine Erkenntlichkeit der Nation auszudrücken, welche mir seit zweiundzwanzig Jahren zum vierten Male ein sprechendes Zeugniß ihres Vertrauens gegeben hat. Das allgemeine Stimmrecht, dessen Grundbedingungen sich ohne Aufhören erneuern, bewahrt nichtsdestoweniger in seiner Beweglichkeit einen konsequenten Willen. Es hat zum Führer seiner Tradition die Sicherheit seiner Gefühle und die Treue seiner Sympathien. Das Plebiszit hatte nur die Ratifikation einer Reform der Verfassung durch das Volk zum Gegenstand, aber inmitten des Widerstreits der Meinungen und in der Leidenschaft des Kampfes hatte sich die Heftigkeit der Debatten bis auf's höchste gesteigert. Wir bedauern es nicht. Die Gegner unserer Staatsrichtungen haben die Frage auf die Alternative „Revolution oder Kaiserreich“ zugespitzt. Das Land hat sich zu Gunsten des Systems entschieden, welches die Ordnung und die Freiheit verbürgt. Heute ist das Kaiserreich befestigt auf seiner Grundlage, es wird seine Stärke in seiner Mäßigung zeigen. Meine Regierung wird die Gesetze ohne Parteilichkeit wie ohne Schwäche ausführen lassen, sie wird nicht abweichen von der liberalen Linie, welche sie sich gezogen hat, indem sie Allen gleiches Recht gewährt. Sie wird alle Interessen schützen, ohne sich der abweichenden Stimmen und der feindlichen Umtriebe zu erinnern; aber sie wird auch vertreiben, dem so energisch kundgethanen nationalen Willen Achtung zu verschaffen und denselben von jetzt ab über jeder Controverse zu halten. Nachdem wir nunmehr die konstitutionellen Fragen überwunden haben, welche die Ansichten der besten Geister spalten, brauchen wir uns kein anderes Endziel mehr zu stecken, als die ehrenwerthen Männer aller Parteien um die Verfassung zu schaaren, welche das Land sanktionirt hat, die Sicherheit zu befestigen, die Beruhigung der Leidenschaften herbeizuführen, die sozialen Interessen vor der Berührung mit falschen Lehren zu bewahren und unter Zurathziehung aller Verstandeskräfte die Mittel zu erforschen, durch welche die Größe und das Gedeihen Frankreichs vermehrt werden kann; wir haben ferner überallhin den Unterricht auszubreiten und zu verbessern, die Verwaltungsmaschinerie zu vereinfachen, die Thätigkeit von dem Mittelpunkt des Landes, wo dieselbe überfluthet, auf die entlegeneren Theile, wo sie darniederliegt, fortzupflanzen in unsere Gesetzbücher, welche Denkmäler

sind, die durch die Verhältnisse gerechtfertigten Verbesserungen einzuführen, die Produktionskraft und den Reichtum des Landes zu vergrößern, den Ackerbau und die weitere Entfaltung der öffentlichen Arbeiten zu unterstützen und schließlich diesem stets gelösten und doch immer wieder von Neuem auftauchenden Problem unsere Kräfte zu weihen, nämlich die beste gleichmäßige Vertheilung der Lasten, welche auf den Beitragspflichtigen ruhen, auszufinden: dies ist unser Programm; indem wir es verwirklichen, wird unsere Nation durch die freie Ausbreitung ihrer Hilfskräfte die Fortschritte der Civilisation immer weiter ausdehnen. Ich danke Ihnen, meine Herren, für die kräftige Hilfe, welche Sie mir bei dieser feierlichen Gelegenheit geleistet haben. Die bejahenden Stimmen, welche die in den Jahren 1848, 1851 und 1852 abgegebenen ratificiren, bestätigen auch Ihre Vollmachten und geben Ihnen wie mir neue Kraft, für das Wohl des Landes zu arbeiten. Wir dürfen heute mehr denn je die Zukunft ohne die Befürchtung in's Auge fassen, daß sich dem fortschreitenden Gange eines Regimes, welches ein großes Volk inmitten politischer Drangsale begründet und im Schooße des Friedens und der Freiheit befestigt hat, in Wirklichkeit Hindernisse in den Weg stellen könnten."

Das von der Kammer endgültig festgestellte Resultat des Plebiszits vom 8. Mai ist: 7,350,142 Ja, 1,538,825 Nein und 112,985 weiße, resp. ungültige Zettel. Das offizielle Resultat der Abstimmung im Seine-Departement ist: 108,106 Ja, 184,345 Nein, 9592 ungültige Stimmen, bei 416,215 eingeschriebenen und 332,343 aktiven Stimmberechtigten. Der „Patrie“ zufolge wird die „Marzeillaise“ in Brüssel fortzuführen zu erscheinen. — Das „Univers“ veröffentlicht ein Schreiben des neuen Unterrichtsministers Mége, das derselbe bei den Wahlen vorigen Jahrs an einen Pfarrer seines Wahlkreises gerichtet hat. Er erklärt darin, daß er für die Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes und für die Freiheit des höheren Unterrichtes sei.

Paris, 21. Mai. Die Rede des Kaisers wurde an zahlreichen Stellen und namentlich am Ende lebhaft applaudirt. Die meisten Blätter, besonders das „Journal des Debats“, loben die Weisheit und Liberalismus, welchen die Rede bekunde. Dem „Constitutionnel“ zufolge würden die Ernennungen im diplomatischen Korps erst nach der Rückkehr Grammont's von Wien erfolgen. „Memorial diplomatique“ veröffentlicht eine Depesche aus Rom vom heutigen Tage, wonach Grammont an den französischen Botschafter, Marquis de Banneville, ein Telegramm gerichtet hätte, in welchem demselben anempfohlen sei, bezüglich des Concils absolute Zurückhaltung zu beobachten.

Paris, 20. Mai. Die im „Journal officiel“ mitgetheilten Ernennungen der drei Minister bilden fortgesetzt das Tagesgespräch. Am bemerkenswertesten ist, daß der Herzog von Grammont, nunmehr Minister des Auswärtigen, weder der Kammer noch dem Senat angehört. — So selten wohl sonst der „Rappel“ ein richtiges Urtheil hat, so dürfte dessen Ansicht über die Berufung dieses Diplomaten wohl nicht ganz unbegründet sein. Dieses Blatt behauptet nebst Anderen nämlich, daß der Herzog v. Grammont, welcher stets sehr willfährig gegen den Kaiser gewesen, deshalb in's Cabinet berufen worden, weil Napoleon III. die auswärtige Politik für sich behalten wolle, besonders seit die Armee theilweise mit „Nein“ gestimmt habe. Die Berufung des Herzogs sei gleichsam ein Fingerzeig, daß die französische Diplomatie sich nunmehr jeder Zeit im Stande befinde, mit einem oder dem anderen Hofe Verwicklungen hervorzurufen. — Man wisse, daß Dillivier gerne das Portefeuille des Auswärtigen für sich behalten hätte, aber der Kaiser fürchte wahrscheinlich, daß der Justizminister trotz aller Anhänglichkeit für den Hof doch „zu friedlich“ gesinnt sei. So weit der „Rappel“, der mit etwas grellen Farben malt, doch aber im Ganzen diesmal nicht zu sehr von der Wahrheit entfernt sein dürfte. — Der neue Minister des Aeußern hat den Herrn v. Werther alsbald besucht, um denselben über der fortgesetzt freundlichen Gesinnungen gegen Preußen zu versichern. — Es sagt der offiziöse „Constitutionnel“: Seit 18 Monaten war die auswärtige Politik Frankreichs ein wenig neutralisirt durch die Sorgen im Innern. Wir kehren heute in eine normale Periode zurück und es ist von Wichtigkeit, daß Frankreich wieder seinen Platz einnimmt und seine Stimme vernahmen läßt in den großen Fragen, welche die Welt bewegen und welche nicht verhandelt, nicht gelöst werden sollen, ohne unsere Mitwirkung u. ohne unseren Einfluß. Die fremden Regierungen, weit entfernt von dem Glauben, daß Frankreich durch seine reformatorische Arbeit geschwächt sei, konnten im Gegentheil die Solidität des Kaiserreichs an dem siegreichen Widerstand, den es unablässig den Versuchen der Faktionen entgegensetzte, und an der Leichtigkeit messen, mit welcher es seine parlamentarische Umbildung vollzog. Nicht für Schwäche hat Europa das genommen, was nur eine momentane, durch dringendere Pflichten gebotene Enthaltung gewesen ist. Unser Einfluß in der Welt ist aus der Krisis, die wir durchgemacht

haben, in seiner Ganzheit wieder hervorgetreten. Es gilt heute den Beweis, daß die französische Politik im Auslande, sowie in der ersten Periode des Kaiserreichs fortwährend durch das nationale Interesse und durch die Sorge um die Größe Frankreichs dikirt wird. Der gesetzgebende Körper, von nun an viel enger mit der Leitung der Geschäfte verflochten, wird mehr als eine Gelegenheit finden, um zu zeigen, daß es in internationalen Fragen keine Parteien, sondern nur Vertreter der großen französischen Familie gibt.“ Diese Auslassung des offiziellen Blattes, so unmittelbar nach der Ernennung des neuen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, ging nicht vorüber, ohne in den verschiedenen politischen Kreisen eine gewisse Sensation zu erregen.

Herr Tournier ist zum Bischof von Nantes, Herr Grolleau zum Bischof von Oureux ernannt worden. — Das von Vater Hyacinthe in das Leben gerufene, jedoch nicht von ihm, seinem Namen, verfehene neue Blatt „La Concorde“ hat sein Eingehen angezeigt.

Bern, 15. Mai. (A. Z.) Wie Ihren Lesern bereits bekannt, hat der Bischof von Basel von Rom aus gegen die Aufhebung des Priesterseminars in Solothurn Protest erhoben und erklärt, daß die Kirche sich die Entscheidung der Frage vorbehalte, wo und wie die Priesteramtskandidaten für die Schweiz in Zukunft auszubilden seien. Bereits ist zu diesem Zweck — laut der „Schweizerischen Kirchenzeitung“ — das „Kollegium Maria Hilf“ in Schwyz ausersehen, mit welchem eine unter rein kirchlicher Leitung stehende, theologische Anstalt verbunden werden soll. — Der neuerdings todtgefragte Afrikareisende Werner Runzinger befindet sich noch unter den Lebenden. In Solothurn ist von ihm ein Brief an seine Familie angelangt, welcher vom 27. März datirt ist.

Pesth, 17. Mai. „Naplo“ berichtet: der Nuntius habe dem Grafen Beust ein Schreiben der päpstlichen Curie übergeben, worin entschieden erklärt wird: der Papst werde nie seine Einwilligung geben, daß Stroßmayer Erzbischof von Agram werde. Reichkanzler Graf Beust habe dieses Schreiben dem Grafen Andrássy und der kroatischen Landesregierung mitgetheilt, wo es Gegenstand der lebhaftesten Diskussion geworden. (A. N.)

(Wird vom „Oesterr. Volksfr.“ für unwahr erklärt.)
 Rom, 16. Mai. Aus der päpstlichen Münze sind dieser Tage neue Fünflirestücke hervorgegangen, und es heißt, die Regierung beabsichtige durch dieselben das gleichlautende Papiergeld vollständig zu ersetzen. Der Befehl zu dieser Maßregel soll direkt vom heiligen Vater ausgegangen sein, welcher die Aeußerung gethan habe, es sei sein Wille, daß sein Bildniß auf den Münzen des Kirchenstaates mit Ehren in aller Herren Länder erscheinen könne.

Ein römischer Korrespondent der „Diplomatic Review“ würdigt seine Kollegen in folgender Weise: Die Aufgabe, die Lügen der Zeitungs-Korrespondenten über Rom und das Concil darzulegen, könnte ganz gut dadurch erledigt werden, wenn ihre Leser zur Befolgung dieser einfachen Regel sich bestimmen ließen, nämlich das Gegenheil von dem, was sie lesen, für wahr zu halten. Wenn sie das thun würden, so hätten sie einen wahren Begriff vom gegenwärtigen Zustand der Dinge in jeder Beziehung. Dann kommt er auf die „Times“ und ihre unsinnige Behauptung „von der Unwissenheit, Verdorbenheit und Unsicherheit, welche Rom unter den europ. Hauptstädten infam (infamous) machen“, zu sprechen und fügt hinzu: In Wahrheit ist Rom nur insoweit infam, als der Aeußenhalt der „Times“-Korrespondenten es dazu machen kann. Die Wahrheit ist, daß Rom alle europäischen Hauptstädte übertrifft durch die Ruhe und Ordnung, welche in seinen Straßen herrscht. Wenn man den gewöhnlichen Anblick der Straßen Londons und die Beschaffenheit der täglichen Polizeiberichte erwägt, so ist die Sprache der „Times“ das sonderbarste Beispiel der unverschämtesten Unwahrheit, welches je die Spalten des Journals enthalten haben.“

Der bekannte Apostat Pichler gesteht in seinem von der alten Wiener „Presse“ veröffentlichten Elaborate zu, daß die römischen Briefe vom Concil in der „A. Z.“ mehrfach unrichtige Darstellungen enthalten; ferner spricht derselbe folgenden Satz aus: „Bezüglich des Hauptvorwurfs, der gegen das Concil erhoben wird, nämlich des Mangels an Freiheit, haben wir uns in Rom selbst ein ganz anderes Urtheil gebildet. Es will uns scheinen, daß noch kein Concil freier und unabhängiger gewesen sei, als das gegenwärtige.“ Auch in kathol. Journalen findet man bisweilen römische Korrespondenzen, selbst von hoher Hand geschrieben, welche von dem Wege der Wahrheit ziemlich weit entfernt sind. So z. B. schreibt einem auswärtigen katholischen Blatte ein römischer Prälat, daß einzelne Mitglieder der Concilsminorität mit der Nationalkirchlichen Gründungs-Idee umgingen. In diesen Kirchen sollte aber doch noch ein Schatten von Abhängigkeit von Rom bewahrt werden. Das ganze ist hierbei Erdichtung. Weder deutsche, noch französische, englische u. s. w. Bischöfe, noch endlich apostolische Vikare und Gründungs-Bischöfe denken auch nur entfernt an die Gründung der Nationalkirchen. Da speziell amerikanische Bischöfe als künftige Separatisten verdächtigt wurden, so richtete der hochw. Bischof Goëbriand eine Zuschrift an den „Monde“, worin derselbe im Namen des Erzbischofs von Baltimore und anderer amerikan. Prälaten die Erklärung abgibt, daß der Wunsch nach

Gründung einer Nationalkirche unter den amerikanischen Katholiken nicht bestehe und ein solcher Versuch weder unter dem Klerus noch bei den Laien Anhänger finden werde.

Florenz, 18. Mai. Alle Präfekten sind hieher berufen. Der Freischaaren-Anführer Gagliano ist gefangen genommen. — Der russische Marschall Barjatsinski befindet sich, angeblich in einer Mission wegen der griechischen Angelegenheit, hier. (A. N.)

Haag, 20. Mai. Die zweite Kammer hat mit 48 gegen 30 Stimmen die Aufhebung der Todesstrafe beschlossen.

Madrid, 20. Mai. Man versichert, daß Espartero, den an ihn gerichteten Aufforderungen nachgebend, die Thronkandidatur annehmen werde. Gleichwohl glaubt man, daß diese Kandidatur scheitern wird.

* Karlsruhe, 23. Mai. Das heute erschienene Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 36 enthält: Gesetz: die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden betreffend. Landesherliche Verordnung: die Bestimmung des Einführungstages für das Gesetz wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über Verfassung und Verwaltung der Gemeinden betreffend. Verordnung des Ministeriums des Innern: die Gemeindevahlordnung betreffend.

Ueber den Plan für die hier zu erbauenden Arbeiterwohnungen wird geschrieben: Es sollen gebaut werden 10 Wohnhäuser für je 4 Familien, 5 Herbergen für je 40 ledige Arbeiter, also Wohnungen für 40 Familien und 200 Arbeiter. Für Erwerbung des Bodens sind 6000 fl., für Erbauung der Herbergen 44,000 fl. und der Wohnhäuser 50,000 fl., für Möblirung der Herbergen 8000 fl. in Vorschlag gebracht. Die Wohnhäuser sollen nach dem Mülhausen-Lörracher Plane so ausgeführt werden, daß das vierfache Haus Facaden nach zwei Seiten hat, im Uebrigen aber jede Wohnung vom Keller bis zum Giebel vollständig getrennt ist und für sich besteht. Jede Wohnung hat einen Keller, zu ebener Erde eine große Stube mit 2 Fenstern und eine Küche, eine Treppe hoch zwei einseitige Zimmer und im Dachgeschoß Speicher und ein Mansardenzimmer, welches an einen ledigen Arbeiter vermietet werden kann. Jedes Haus ist mit Gärten und Wasserleitung versehen. Die Herbergen enthalten im untern Stock ein Bureau, die Wohnung des Hausmeisters (3 Zimmer und Küche), 1 Badzimmer, 1 Versammlungs- oder Speisesaal, worin der Hausmeister Kost verabreichen darf. In den übrigen Stockwerken 20 geräumige einseitige Zimmer für je 2 Arbeiter; ein jedes Zimmer soll enthalten: 1 tannenen Schrank, 2 eiserne Bettstellen, 1 Nachttisch, 1 tannener Tisch, 2 Stühle, 2 Spiegel, 2 Kleiderreihen und das erforderliche Glas- und Steingutgeschirr. Die Familienwohnungen sollen 80 fl. für's Jahr Miethkosten, zahlbar in Theilzahlungen an jedem Zahltag, also 60 fl., wenn das Mansardenzimmer für 20 fl. vermietet wird. Will ein Haus angekauft werden, so hat man sich nach dem Mülhausen-Lörracher Annuitätensystem zu richten. Der ledige Arbeiter zahlt wöchentlich 35 fr.

Neueste Post.

* Wien, 22. Mai. Die amtliche Zeitung veröffentlicht zwei auf Grund eines Vertrages des Ministerpräsidenten erlassene kaiserliche Patente vom 21. d. Das erste löst das Abgeordnetenhaus des Reichsraths auf und ordnet neue Wahlen für dasselbe an. Das zweite löst sämtliche Provinziallandtage, denjenigen Böhmens ausgenommen, auf und ordnet die sofortige Einleitung neuer Wahlen an.

Vom Staate garantirte

Rumänische 7 1/2 % Eisenbahn-Obligationen.

Nachdem Pariser und Londoner erste Finanz-Coteries den Rest der Rumänischen 7 1/2 %igen vom Staate garantirten Eisenbahn-Obligationen übernommen haben, werden solche an beiden genannten Börsen gehandelt und steht deren offizielle Coursnotirung an diesen und allen anderen Börsen Europa's, sofern dies nicht bereits der Fall ist, demnächst bevor.

Gegenwärtiger Cours der 7 1/2 %igen vom Staate garantirten Rumänischen Eisenbahn-Obligationen ca. 70 %

„ „ „ 8 %igen Rumänischen Staatsanleihe ca. 95 %

Eine solche Coursdifferenz von 25 % ist auf die Dauer um so weniger gerechtfertigt, als die 7 1/2 %igen Obligationen die erhöhte Sicherheit der Hypothek auf voraussichtlich hochrentable Eisenbahnen besitzen. Diese Bahnen sind zum großen Theil fertig und deren Betriebs-Eröffnung in allernächster Zeit bevorstehend.

Ein Decret der Rumänischen Regierung ordnet an, daß die 7 1/2 %igen Rumän. vom Staate garantirten Eisenbahn-Obligationen von allen Behörden als Cautionen anzunehmen sind. Nach Einführung der 8 %igen Rumän. Staatsanleihe an den Börsen von London und Paris hat diese Letztere eine Courssteigerung von 25 % erfahren.

Getraut in Karlsruhe.

- 18. April. Johann Salentz, B. in Göppingen, Schneider hier, mit Wilhelmine Bayerer von Odenheim.
- 21. „ Wilhelm Sir, B. in Mülhausen, Steinhauer, mit Marie Walther von Ubstadt.
- 21. „ Johann Kolb, B. in Rastatt, Schuhmacher, mit Christiana Winherr von Friedenstein.

